Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6663**

16. Wahlperiode 10. 10. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Werner Hoyer, Birgit Homburger, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6460, 16/6612 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sechs Jahre sind seit Beginn des internationalen Engagements in Afghanistan vergangen. Die Bedeutung Afghanistans als Rückzugs- und Operationsbasis des internationalen Terrorismus ist erheblich geschwächt worden. Die staatlich organisierte Schreckensherrschaft der Taliban gehört der Vergangenheit an. Die Unumkehrbarkeit dieser Entwicklung ist und bleibt das Ziel all unserer Bemühungen. Insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Sicherheit sind Erfolge unverkennbar – zugleich steht ihnen der Verlust von bereits Erreichtem gegenüber. Erfolge, die in den vergangenen Jahren in gemeinsamen Bemühungen mit den Afghanen erreicht wurden, gilt es zu sichern und auszubauen, damit sich die Entwicklung weg von Terror und Schreckensherr-

schaft und hin zu Frieden, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung erfolgreich fortsetzt.

Eine vorzeitige Beendigung dieser Bemühungen hieße, das Erreichte zunichte zu machen, das Land mit seinen Menschen wieder einer Terrorherrschaft preiszugeben und Afghanistan erneut zum Ausgangspunkt für einen terroristischen Generalangriff auf elementare Werte und Lebensweisen der freien Welt werden zu lassen.

Der Wiederaufbau Afghanistans braucht deshalb einen langen Atem. Rückschläge, wie wir sie phasenweise auch jetzt wieder erleben, müssen in ihren Ursachen analysiert und abgestellt werden, stellen aber unsere grundsätzliche Haltung für ein fortgesetztes Engagement nicht in Frage.

1. Die Entwicklung in Afghanistan ist unbefriedigend

Die Anschläge auf deutsche Soldaten und Polizeibeamte, die Verschleppung und Ermordung von zivilen Helfern und die Zunahme an Kämpfen im ganzen Land machen es offenkundig, dass die Lage weiter schwierig bleibt.

Die Menschen in Afghanistan spüren in der Fläche zu wenig Verbesserung ihrer Situation. Sie fühlen sich zum Teil immer mehr als Spielball einer Auseinandersetzung zwischen religiösen Eiferern und Vertretern einer fremden Kultur, die nicht die ihre ist und die in Teilen ihren eigenen Traditionen und Überzeugungen zuwider läuft.

Der Wiederaufbau kommt nur schleppend voran, die afghanische Wirtschaft entwickelt sich vorwiegend im Bereich der Drogenproduktion und des Drogenexports, die Korruption greift um sich und der Zentralregierung gelingt es nicht, ihren Einfluss auf das ganze Land auszudehnen.

Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft dürfen das afghanische Volk in dieser kritischen Phase nicht im Stich lassen. Die Entwicklungs- wie auch die Sicherheitsstrategie müssen aber so angepasst werden, dass sich die Situation in Afghanistan für die Menschen schneller und spürbarer zum Besseren entwickelt.

2. Zentrale Probleme des Afghanistan-Engagements

Die Probleme, denen sich der Westen und insbesondere die deutschen zivilen und militärischen Kräfte in Afghanistan gegenüber sehen, sind vielschichtig.

2.1 Der zivile Aufbau erreicht noch zuwenig Menschen

Die Ergebnisse des zivilen Wiederaufbaus sind unzureichend. Der Aufbau leidet vor allem unter dem offenkundigen Mangel an Sicherheit. Nicht nur die Helfer selbst, sondern auch diejenigen, die solche Hilfe zulassen oder gar selbst annehmen, werden von den rückwärtsgewandten Kräften bedroht. Der Rückzug von Hilfsorganisationen, die die Sicherheit ihrer Mitarbeiter oder der von ihnen Betreuten gefährdet sehen, hat ein bedenkliches Ausmaß angenommen, welches den Aufbau insgesamt in Frage stellt.

Die westlichen Entwicklungsbemühungen sind in ihrer Breite noch nicht bei den Menschen angekommen, und wenn, dann betrafen sie häufig nicht die als vorrangig herbeigesehnte Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Sicherheit, Kleidung, Nahrung und Wohnen. Sie wurden nach dem Empfinden vieler Afghanen außerdem zu sehr auf die Umsetzung westlicher Wertvorstellungen ausgerichtet. Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit und Frauenrechte genießen in der an traditionellen Werten ausgerichteten Stammesgesellschaft nicht die gleiche Bedeutung, die die westlichen Geber ihnen zumessen. Aus Sicht mancher Afghanen wird der westliche Wertekanon beim Wiederaufbau überbetont,

und viele Afghanen fragen sich, ob der Westen nicht den dritten und den vierten Schritt tut, bevor der erste getan ist.

Es ist deshalb für die Taliban und andere Widerstandsgruppen leicht, Zweifel zu wecken, ob hinter den westlichen Aktivitäten nicht vor allem das Bemühen stehe, traditionelle afghanische Hierarchien und Werte in Frage zu stellen. Will man dieser Propaganda begegnen, müssen schnell überall im Land Sicherheit, Schulausbildung und medizinische Versorgung für alle gesichert werden. Auch der Ausbau der Infrastruktur muss vorangetrieben werden, denn ohne sie gibt es keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Das deutsche zivile Engagement muss daher verstärkt und auch auf dezentrale Hilfe fokussiert werden, damit im ganzen Land eine „Friedensdividende“ spürbar wird. Insgesamt muss die deutsche Wiederaufbauhilfe zielgenauer und effektiver eingesetzt werden. Dabei sind der Mitteleinsatz und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu kontrollieren. Die deutschen Beiträge sind im Vergleich zu den Leistungen etwa der USA und Kanadas noch immer viel zu gering.

2.2 Die Drogenproblematik verhindert den Wiederaufbau

Das gilt insbesondere im ländlichen Raum, wo sich die Menschen aus purer Not zunehmend wieder dem Mohnanbau widmen. Sie werden hierzu zudem von den sog. Drogenbaronen, aber sogar auch von den Taliban veranlasst. Die Taliban stellen dafür religiöse Vorbehalte zurück, weil sie vor allem aus den Gewinnen der Drogenwirtschaft ihren Widerstand finanzieren. Will man diesem Widerstand die wirtschaftliche Basis entziehen, muss man die Drogenwirtschaft zurückdrängen.

Hinter der Drogenwirtschaft stehen Kräfte mit äußerster krimineller Energie und Gewaltbereitschaft, die ihre Mittel auch einsetzen, um Einfluss auf die innerafghanische Politik zu gewinnen. Diese Verflechtung von Politik und Drogenwirtschaft darf nicht weiter toleriert werden. Die Bundesregierung muss auf die Regierung Karzai einwirken, endlich gegen den Drogenhandel vorzugehen.

Die Lösung des Drogenproblems ist auch der Schlüssel zur Lösung vieler anderer bestehender Probleme im Lande. So werden etwa bei weiterhin blühender Drogenwirtschaft keine nachhaltige Marktwirtschaft und deshalb auch keine ländliche Entwicklung möglich sein. Die Drogenproblematik muss mit repressiven ebenso wie mit wirtschaftlichen Anreizen angegangen werden. Repressiv müssen vor allem die Drogenverarbeitung und der Drogenhandel bekämpft werden. Die Drogenlabors müssen aufgespürt, zerstört und ihre Betreiber verhaftet werden. Den Bauern, die mit dem Mohnanbau das Überleben ihrer Familien sichern, müssen daneben Alternativen geboten werden. Es ist nicht sinnvoll, Felder abzubrennen oder zu verseuchen und damit den Bauern ihre Existenzgrundlage auch außerhalb der Drogenwirtschaft zu entziehen. Auch das Aufkaufen von Mohnernten führt nur zu steigenden Preisen und damit zu einem steigenden Produktionsanreiz, also letztlich sogar zu einem steigenden statt einem sinkenden Angebot.

2.3 Der Aufbau der Sicherheitskräfte und der Justiz geht zu schleppend voran

Am Beispiel der schleppenden Drogenbekämpfung zeigen sich die schwerwiegenden Versäumnisse des Westens beim Aufbau einer wirksamen afghanischen Polizei. Das Aufspüren der hinter der Drogenwirtschaft stehenden Kräfte und ihrer Produktionsstätten ist eine Polizeiaufgabe. An einer wirksamen Polizeiorganisation fehlt es aber ebenso wie an einer funktionierenden Justiz. Ihren Aufgaben als sog. lead nation beim Polizeiaufbau ist die Bundesregierung in den letzten Jahren nur unzureichend nachgekommen. Das Problem auf die europäische Ebene zu verlagern kommt einem Eingeständnis des eigenen Versagens gleich. Umso erschreckender ist es, dass auch der neu eingerichteten EUPOL-

Afghanistan-Mission weder das notwendige Personal noch die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Zudem fehlt es auch an einem nachvollziehbaren Konzept, das die Einsatzfähigkeit der Afghan National Army (ANA) im Norden des Landes sicherstellt.

Die Bundesregierung muss dementsprechend die von ihr übernommenen Verpflichtungen zur Ausbildung von Polizei und Armee endlich erfüllen.

2.4 Die Korruption greift um sich

Eine unabhängige Justiz und eine gut ausgebildete und schlagkräftige Polizei wäre auch nötig, um ein weiteres zentrales Problem anzugehen: die sich ausbreitende Korruption auf allen Ebenen. Bei den unteren Rängen von Polizei und Verwaltung ist die mangelnde Bezahlung einer der Hauptgründe für Korruption. Gleiches gilt für die Armee. So lange regionale Machthaber und Kriminelle einen höheren Sold bezahlen können als die Regierungskräfte, wird der Kampfeswille der Regierungsarmee nicht ausreichen, um dieses Gegners Herr zu werden. Vielmehr sind sie beständig Ziel der Abwerbung.

Die Bundesregierung muss gegenüber der afghanischen Regierung darauf hinwirken, dass die Polizisten, Beamten und Soldaten einen Sold in einer Höhe erhalten, dass sie davon leben und ihre Familien ernähren können.

2.5 Die Sicherheitslage ist weiterhin instabil und verschlechtert sich zusehends

Alle Entwicklungsbemühungen müssen vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Sicherheitslage gesehen werden. Diese muss dringend verbessert werden, um sowohl eine politische Stabilisierung als auch einen rascheren Wiederaufbau und eine schnellere Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zu ermöglichen. Dazu gehört auch, aber nicht nur, das Zurückdrängen der wieder erstarkenden Kräfte der Taliban.

Allerdings stellen die Taliban nur einen Teil des Problems dar. Eine große Gefahr für den Aufbau geht auch von kriminellen Gruppen aus, welche die verworrene Lage und das Fehlen einer wirksamen Zentralgewalt ausnutzen. Eine potenziell ebenso große Gefahr sind die bewaffneten Gruppen der unterschiedlichen Kriegsherren, die – wenngleich sie heterogen über das Land verteilt sind – nach wie vor die eigentlichen Herrscher in ihren jeweiligen Einflussgebieten sind. Sie blockieren das Entstehen einer wirklichen Zentralgewalt im Lande. Die Aufmerksamkeit der politischen Diskussion in Deutschland konzentriert sich fast ausschließlich auf die in Afghanistan selbst und im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan Aufständischen, insbesondere die Taliban. Deren Zahl ist nicht eindeutig feststellbar, sie ist jedoch in diesem riesigen Land mit der doppelten Fläche von Deutschland und mit seiner langen Grenze in unzugänglichen Bergregionen noch immer ausreichend, um die militärischen Kräfte des Westens zu binden. Sie werden zudem massiv unterstützt durch die ungehinderte Zuwanderung kampfbereiter Dschihadisten, zahlreiche von religiösen Eiferern finanzierte sonstige Kämpfer sowie den beständigen Zufluss von Material aus den sog. tribal areas im pakistanischen Grenzgebiet.

Um mit den genannten Problemen besser fertig zu werden, muss die Ausrüstung des deutschen ISAF-Kontingents und der Alliierten verbessert werden. Es fehlen insbesondere Lufttransportkapazitäten. An der Ausrüstung und dem Schutz der eingesetzten deutschen Soldaten darf nicht gespart werden. Die Bundesregierung muss zum Schutz der Soldaten alles tun, was technisch und organisatorisch möglich ist. Sie muss auch sicherstellen, dass die deutschen Kräfte jederzeit und ohne Rückfragen berechtigt sind, sich gegen Angriffe zur Wehr zu setzen und auch mögliche Vorbereitungshandlungen aufzuklären und zu unterbinden.

Auch aus sicherheitspolitischen Erwägungen müssen neben den militärischen auch die Aufbaubemühungen intensiviert werden. Die Bundesregierung sollte im Bündnis darauf drängen, das Konzept der vernetzten Sicherheit gerade in Afghanistan umzusetzen. Eine verstärkte Abstimmung mit den anderen Ressorts ist dringend nötig. So sollten z. B. in Bereiche, die militärisch befriedet wurden, unmittelbar Aufbauleistungen fließen, damit kein Vakuum entstehen kann.

2.6 Eine bessere Abstimmung mit den Partnern ist notwendig

Bessere Koordinierung ist aber nicht nur im nationalen Kontext nötig. Der Erfolg des deutschen Engagements hängt entscheidend von den Handlungen der alliierten Streitkräfte ab. Die NATO muss der Ort der Diskussion und Entscheidungen über die gemeinsame Strategie der Bündnispartner werden. Die neuen gemeinsamen Verhaltensregeln der NATO müssen jetzt umgesetzt werden. Eine bessere Verzahnung von OEF und ISAF muss sichergestellt werden.

Im Rahmen der ISAF-Mission muss mit den Partnern ein operativer Gesamtansatz für den Wiederaufbau des Landes entwickelt werden, der die Erfahrungen der unterschiedlich konzipierten Wiederaufbaubemühungen, insbesondere auch die der Provincial Reconstruction Teams (PRT), mit einbezieht.

2.7 Das afghanisch-pakistanische und afghanisch-iranische Grenzgebiet

Ein weiteres großes Problem ist die unklare Situation in Pakistan, insbesondere in den Grenzgebieten zu Afghanistan, wo die Zentralregierung kaum noch Einfluss zu haben scheint. Der Westen muss zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle Kräfte in Pakistan sich als Verbündete des Westens und Gegner der Taliban sehen, im Gegenteil. Das Grenzgebiet zu Pakistan bildet daher das Haupteinfallstor für Terroristen.

Eine Stabilisierung der Region wird ohne die Lösung der Flüchtlingsproblematik nicht zu erreichen sein. Daher müssen die pakistanische und die afghanische Regierung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Rückführung der derzeit noch drei Millionen Flüchtlinge in Pakistan in ihre Heimat tatsächlich durchführen. Den dreieinhalb Millionen Einwohnern in dieser Region Pakistans müssen dringend Bildungsangebote außerhalb der etablierten Koranschulen gemacht werden und legale Einkommensperspektiven aufgezeigt werden. Allein in der Region Belutschistan fehlen mehrere tausend reguläre Schulen. Trotz massiver militärischer Präsenz zwischen 2004 und 2006 ist es der pakistanischen Regierung nicht gelungen, die Kontrolle über diese Gebiete zu gewinnen. Daher muss die internationale Gemeinschaft die pakistanischen Sicherheitsbehörden bei der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen sowie im Rahmen der Ausbildungszusammenarbeit unterstützen.

Zur Eindämmung der Drogenwirtschaft in Afghanistan müssen auch die Haupttransportrouten im afghanisch-iranischen Grenzgebiet besser als bisher kontrolliert werden. Daher braucht es eine engere Zusammenarbeit zwischen den alliierten, den afghanischen und den iranischen Sicherheitskräften an der Westgrenze Afghanistans.

Die Grenzsicherung zu Pakistan und dem Iran muss zur vorrangigen Anstrengung der Bündnispartner werden. Konkrete Maßnahmen zur Grenzsicherung sind von Seiten Pakistans wie Afghanistans zwingend notwendig.

3. Finanzierung der Einsätze

Die Finanzierung der Mandate muss der gestellten Aufgabe angemessen sein. Sie hat außerhalb des Verteidigungsetats zu erfolgen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Aufbau der afghanischen Streitkräfte, der Polizei und der Justiz mit Ausbildung und Ausstattung zu beschleunigen;
2. die zivile Hilfe erheblich auszuweiten, um schnell überall im Land spürbare Verbesserungen zu erreichen;
3. die deutschen Entwicklungsbemühungen besonders auf Schulen, medizinische Versorgung und Infrastrukturmaßnahmen zu konzentrieren, um die Menschen in der Fläche direkt zu erreichen;
4. im Rahmen der internationalen Gemeinschaft eine Initiative zur besseren Koordinierung der Geberleistungen zu ergreifen;
5. den Aufbau von Universitäten und den wissenschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Afghanistan zu fördern und Stipendien für afghanische Studierende zu erteilen;
6. die handwerkliche Ausbildung insbesondere der afghanischen Jugend zu fördern und die Etablierung ziviler Berufsbilder zu unterstützen;
7. sich bei der deutschen Wirtschaft für Kooperationen mit afghanischen Unternehmen einzusetzen, die ein langfristiges und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ermöglichen;
8. mit der afghanischen Regierung und den weiteren Partnern unverzüglich ein Konzept zur Bekämpfung der Drogenwirtschaft zu erarbeiten und umzusetzen, welches sich auf die Schaffung alternativer Erwerbsmöglichkeiten für die Mohnbauern und die Zerschlagung der Drogenverarbeitung und des Drogenhandels konzentriert;
9. von der afghanischen Regierung einen verstärkten Einsatz im Kampf gegen Korruption zu verlangen und sie darin zu unterstützen sowie Fehlentwicklungen innerhalb der afghanischen Administration deutlich anzusprechen;
10. die afghanische Regierung aufzufordern, sich stärker bei der Grenzsicherung zu engagieren;
11. mit dem Iran mehr als bisher im Rahmen der Grenzsicherung zu Afghanistan zu kooperieren;
12. eine schnelle qualitative Verbesserung der Ausrüstung des deutschen Kontingents herbeizuführen;
13. sicherzustellen, dass die deutschen Soldatinnen und Soldaten jederzeit alle zur Selbstverteidigung und zum Schaffen eines sicheren Umfeldes erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt ergreifen können;
14. sich innerhalb der NATO für eine bessere Koordination des internationalen Engagements einzusetzen und auch ein bessere Abstimmung zwischen ISAF und OEF einzufordern;
15. ein deutsches Konsulat in Herat erneut einzurichten und
16. die Finanzierung der Einsätze nicht länger zu Lasten des Verteidigungsetats vorzunehmen, sondern aus dem allgemeinen Haushalt zu tätigen.

Berlin, den 9. Oktober 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333